

Vorzeitige Pensionierungen schwächen europäische Rentensysteme

Hamburg, 13. November 2007 – Vorzeitige Pensionierungen schwächen nachhaltig die Rentensysteme der Europäischen Union (EU). Das ist das Ergebnis des „Pension Barometer Reports 2007“ von Aon Consulting. Hinzukommt die Tatsache, dass 55% der 55 bis 64-Jährigen keinen Beitrag zur europäischen Wirtschaft leisten.

Der Report weist auf die Risiken hin, die für die EU-Länder entstehen und hebt dabei die Auswirkungen und Probleme hervor, die die Rentensysteme für Wirtschaft, Arbeitgeber und Bevölkerung der einzelnen EU-Länder verursachen. Das „Pension Barometer“ klassifiziert die Länder der EU nach dem Grad wie sie diesen Risiken begegnen, indem vier definierte Hauptkriterien bewertet werden: Demografie, Angemessenheit staatlicher Versorgung, Finanzierbarkeit und Nachhaltigkeit der gesetzlichen und der betrieblichen Renten.

Auch wenn die Risiken und Probleme vielfältig und komplex sind, haben alle EU-Länder ein gemeinsames Problem: eine immer älter werdende Bevölkerung. Ein positives Zeichen dafür, dass das Problem in Angriff genommen wird, war im letzten Jahr die Anhebung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters in der EU von 60,5 auf 61 Jahre. Länder mit höherem Renteneintrittsalter wie Dänemark (61 Jahre) und Großbritannien (62,6 Jahre), Irland (64,1 Jahre) oder Schweden (63,7 Jahre) sind im Allgemeinen auch in den anderen Bereichen erfolgreich und führen das Ranking an, während die Länder auf den unteren Plätzen häufig ein niedrigeres Renteneintrittsalter aufweisen wie Frankreich (58,8) oder Italien (59,8).

Um die demografischen Veränderungen und Probleme, mit denen die Volkswirtschaften konfrontiert sind, zu meistern, werden in Europa weiterhin zahlreiche Rentenreformen durchgeführt – dabei sticht vor allem der Trend zur Reduzierung der gesetzlichen Leistungen hervor. Die daraus entstehende Lücke sollen private Vorsorgesysteme füllen. Darüber hinaus wächst aber auch der Druck auf die Arbeitgeber, stabile und verlässliche betriebliche Versorgungssysteme bereit zu stellen. Zwischen 2006 und 2007 ist die Zahl der Arbeitnehmer, die eine private Altersvorsorge abgeschlossen haben, von 40,2 auf 41,9 Prozent angestiegen. Zehn EU-Länder konnten ihre Erwartungen nach oben korrigieren, während lediglich Zypern unter den Prognosen geblieben ist.

Schwerpunkte des Berichts

Die Gewinner

- Dänemark belegt bereits im zweiten Jahr die Spitzenposition. Schweden ist um fünf Plätze vorgerückt und befindet sich nun unter den TOP3 Ländern, was zum einen auf eine Erhöhung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters und zum anderen auf ein Abrutschen der Bewertung anderer Staaten zurückzuführen ist. Luxemburg und Österreich konnten ihre Position ebenfalls erheblich verbessern.

Aon Pressemitteilung

Seite 2 von 2

- Belgien hat sich aufgrund höherer Investitionen in private Versorgungssysteme und einer zweiprozentigen Zunahme älterer Arbeitnehmer (55-64) vom letzten Platz des vergangenen Jahres lösen können.

Die Verlierer

- Zu den größten Verlierern gehören in diesem Jahr Estland (das nicht mehr unter den ersten drei ist) und Zypern. Portugal hat sich weiter verschlechtert und liegt 2007 auf Platz 19, nachdem es 2005 noch den ersten Platz belegte – eine dramatische Veränderung. Einer der Hauptgründe dafür ist eine wesentliche Erhöhung der prognostizierten Finanzierungskosten der gesetzlichen Renten bis zum Jahr 2050.
- Den größten Abfall weist in diesem Jahr Italien auf und liegt damit auf dem unliebsamen letzten Platz. Die Demografiewerte haben sich erheblich verschlechtert, da das Bevölkerungswachstum abnimmt und die Schätzungen der Rentnerzahlen weiter nach oben korrigiert werden mussten.

Deutschland

Während sich Deutschland im EU-Vergleich beim Leistungsniveau und bei der langfristigen Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung eher in der unteren Tabellenhälfte bewegt, wird der Mittelplatz in der Gesamtwertung durch eine stabile, im Aufwärtstrend befindliche Situation bei der betrieblichen und privaten Altersversorgung erreicht.

Dazu Axel Heitkamp, CEO von Aon Consulting in Deutschland: „Durch das hohe Interesse an Entgeltumwandlung bzw. die zunehmende Einführung gemischter arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierter BAV-Systeme in den Unternehmen erhöht sich der Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersversorgung von Jahr zu Jahr. Nachdem im 2001 nur knapp 40 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer an mindestens einer Form der betrieblichen Altersversorgung teilnahmen, so sind es heute bereits deutlich über 50 %. Hinzu kommt der Durchbruch der Riester-Rente in den beiden letzten Jahren mit einem aktuellen Stand von ca. 9 Mio. Abschlüssen.“

Die gesetzliche Rentenversicherung hat durch verschiedene Reformen der letzten Jahre, so kürzlich das Heraufsetzen der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre, kleine Schritte zu einer Verbesserung der nachhaltigen Finanzierbarkeit getan - das weiterhin bestehende Demografieproblem damit aber nicht gelöst. Hier sind weitere Einschnitte erforderlich, auch wenn durch die überraschende Erholung des Arbeitsmarktes kurz- bis mittelfristig eine gewisse Erholung der materiellen Eckdaten zu verzeichnen ist.“

Aon Jauch & Hübener Holdings
Zentralbereich Corporate Communications
Sandra M. Lahnstein
Tel.: 040 – 3605-3598
E-Mail: Sandra_Lahnstein@aon-jh.de
www.aon.de/presse

Aon Pressemitteilung

Seite 3 von 3

Aon Consulting berät und betreut Unternehmen jeder Größe und Branche rund um die betriebliche Altersversorgung und sonstige Sozialleistungen. Die Dienstleistungen reichen von der strategischen Beratung, über mathematisch-betriebswirtschaftliche Bewertungen und Analysen bis hin zur Gestaltung der Finanzierung und zeitgemäßen Services im Rahmen der Administration und Risikoabsicherung. International ist Aon Jauch & Hübener Consulting über die Aon-Gruppe in ein Netzwerk von Employee Benefits, Compensation und HR Consultants eingebunden, über das die Dienstleistungen weltweit angeboten werden.

Safe Harbor Statement

This press release contains certain statements related to future results, or states our intentions, beliefs and expectations or predictions for the future which are forward-looking statements as that term is defined in the Private Securities Litigation Reform Act of 1995. These forward-looking statements are subject to certain risks and uncertainties that could cause actual results to differ materially from either historical or anticipated results depending on a variety of factors. Potential factors that could impact results include: general economic conditions in different countries in which we do business around the world, changes in global equity and fixed income markets that could affect the return on invested assets, fluctuations in exchange and interest rates that could influence revenue and expense, rating agency actions that could affect our ability to borrow funds, funding of our various pension plans, changes in the competitive environment, our ability to implement restructuring initiatives and other initiatives intended to yield cost savings, our ability to execute the stock repurchase program, potential regulatory or legislative changes that would affect our ability to sell, and be reimbursed at current levels for, our Sterling subsidiary's Medicare health product, changes in commercial property and casualty markets and commercial premium rates that could impact revenues, changes in revenues and earnings due to the elimination of contingent commissions, other uncertainties surrounding a new compensation model, the impact of investigations brought by state attorneys general, state insurance regulators, federal prosecutors, and federal regulators, the impact of class actions and individual lawsuits including client class actions, securities class actions, derivative actions, ERISA class actions, the impact of the analysis of practices relating to stock options, the cost of resolution of other contingent liabilities and loss contingencies, and the difference in ultimate paid claims in our underwriting companies from actuarial estimates. Further information concerning the Company and its business, including factors that potentially could materially affect the Company's financial results, is contained in the Company's filings with the Securities and Exchange Commission.